

Der Betriebsaufwand ist mit 192,7 Millionen Franken 21 Millionen Franken höher als 1988/89. Das ist vor allem auf die stark angestiegenen Aufwendungen für Rückvergütungen beim Export von gebrannten Wassern, die höheren Ausgaben für die brennlose Obst- und Kartoffelverwertung sowie auf die grösseren Sozialleistungen innerhalb des Personalaufwandes zurückzuführen.

Der Betriebsertrag beläuft sich auf 385,4 Millionen Franken gegenüber 392,3 Millionen im Vorjahr. Die Einnahmen aus dem Verkauf gebrannter Wasser, aus den inländischen Steuern und aus den Monopolgebühren sind nämlich zurückgegangen.

Vom Reinertrag der Alkoholverwaltung erhält gemäss Artikel 32bis der Bundesverfassung der Bund 173,4 Millionen Franken zugunsten von AHV und IV. 19,2 Millionen Franken gehen an die Kantone zur Bekämpfung des Alkoholismus und des Suchtmittel-, Betäubungsmittel- und Medikamentenmissbrauchs in ihren Ursachen und Wirkungen. Die Kantone erhalten ausser dem Reinertraganteil die vierte der fünf Jahresraten von 22,3 Millionen Franken aus dem Vermögen der Alkoholverwaltung, wie es mit Verordnung vom 26. Februar 1986 (SR 689.3) beschlossen wurde.

Die Kommission hat zum letzten Mal den Geschäftsbericht und die Rechnung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung beraten. Gemäss Aenderung des Geschäftsverkehrsgesetzes, die am 22. Juni 1990 beschlossen worden ist, sind ab 1. Januar 1991 die Finanzkommissionen für das Budget und die Geschäftsprüfungskommissionen für den Geschäftsbericht der Alkoholverwaltung zuständig. Die Kommission für Gesundheit und Umwelt des Nationalrates ergreift gerne die Gelegenheit, der Eidgenössischen Alkoholverwaltung für die gute Zusammenarbeit bestens zu danken.

Mme **Spoerry** présente au nom de la Commission de la santé publique et de l'environnement le rapport écrit suivant:

Les recettes de la Régie fédérale des alcools atteignent 385,4 millions de francs, alors que les dépenses s'élèvent à 192,7 millions; le compte se solde ainsi par un bénéfice net de 192,7 millions. Ce résultat est inférieur de 28 millions de francs à celui de l'exercice 1988/1989.

Les charges d'exploitation, de 192,7 millions de francs, dépassent de 21 millions les chiffres de 1988/1989. Cette augmentation est surtout due aux remboursements nettement plus élevés destinés à l'exportation de boissons distillées, aux dépenses accrues occasionnées par la valorisation non alcoolique des récoltes de fruits et de pommes de terre, ainsi qu'à l'amélioration des prestations sociales en faveur du personnel.

Les produits d'exploitation totalisent 385,4 millions de francs; ils étaient de 392,3 millions l'exercice précédent. On note en effet une diminution des recettes provenant des ventes de boissons distillées, de l'imposition des eaux-de-vie indigènes et des droits de monopole.

Le bénéfice net de la Régie fédérale des alcools est réparti conformément à l'article 32bis de la Constitution fédérale; 173,4 millions de francs reviennent à la Confédération en faveur de l'AVS et de l'AI, tandis que 19,2 millions de francs sont versés aux cantons pour combattre dans leurs causes et leurs effets l'alcoolisme, l'abus de stupéfiants et autres substances engendrant la dépendance ainsi que l'abus de médicaments. Les cantons recouvrent en plus 22,3 millions de francs, à savoir la quatrième des cinq annuités constituant la moitié de la fortune de la Régie fédérale des alcools, comme le prévoit l'ordonnance y relative du 26 février 1986 (RS 689.3).

C'est la dernière fois que le rapport de gestion et le compte de la Régie fédérale des alcools sont examinés par la Commission de la santé publique et de l'environnement. Dès le 1er janvier 1991 en effet, le budget de la Régie fédérale des alcools sera traité par les commissions des finances et le rapport de gestion par les commissions de gestion, suite à la modification apportée le 22 juin 1990 à la loi sur les rapports entre les conseils. La Commission de la santé publique et de l'environnement du Conseil national saisit cette occasion pour remercier la Régie fédérale des alcools de l'esprit de collaboration dont elle a fait preuve au fil des années.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, vom Geschäftsbericht der Eidgenössischen Alkoholverwaltung Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussentwurf des Bundesrates zuzustimmen.

Proposition de la commission

La commission propose à l'unanimité de prendre acte du rapport de gestion de la Régie fédérale des alcools et d'adopter l'arrêté du Conseil fédéral.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes 102 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

90.057

Bundesgericht. Bauvorhaben Tribunal fédéral. Projet de construction

Botschaft und Beschlussentwurf vom 12. September 1990 (BBI III, 685)
Message et projet d'arrêté du 12 septembre 1990 (FF III, 665)
Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Herr **Euler** unterbreitet im Namen der erweiterten Bautengruppe des Nationalrates den folgenden schriftlichen Bericht:

In Anwendung von Artikel 22 Absatz 2 und Artikel 68 Absatz 2 des Geschäftsreglementes des Nationalrates vom 22. Juni 1990 unterbreiten wir Ihnen Bericht und Antrag der erweiterten Bautengruppe betreffend Ueberprüfung der Botschaft 90.057 vom 12. September 1990 und Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die Erweiterung und den Ausbau des Bundesgerichtsgebäudes in Lausanne. Mit dieser Vorlage wird beantragt, das bestehende Bundesgerichtsgebäude in Lausanne zu erweitern und auszubauen und dafür einen Objektkredit von 46,7 Millionen Franken zu bewilligen.

Die erweiterte Bautengruppe behandelte das Geschäft an zwei Sitzungen, von denen die eine an Ort und Stelle, verbunden mit einer Besichtigung, stattfand. Die Kommission liess sich orientieren von Vertretern des Bundesgerichts, des Amtes für Bundesbauten, der Eidgenössischen Finanzverwaltung sowie der Stadt Lausanne. Auf die folgenden Punkte wurde dabei besonders Gewicht gelegt:

1. Bedürfnisfrage und Raumbedarf

Seit dem Bezug des Bundesgerichtsgebäudes im Jahre 1927 ist die Geschäftslast fast auf das Dreifache angestiegen, der Personalbestand auf das Doppelte. Demgegenüber ist der Richterbestand nur gering erhöht worden. Die Bewältigung des Arbeitsvolumens ist daher nur mit einer entsprechend grösseren Anzahl von Mitarbeitern möglich. Zurzeit ist ein be-

achtlicher Teil dieser Mitarbeiter ausserhalb des bestehenden Gebäudes eingemietet, was die Betriebsabläufe kompliziert und deshalb auch teurer ist. Das mit dem Ausbau zu realisierende Raumprogramm berücksichtigt die künftigen Bedürfnisse des Bundesgerichts. Ein erhebliches Anwachsen der bundesgerichtlichen Aufgaben ist vorauszusehen. Eine Vollbelegung dürfte in überschaubarer Zeit eintreten, spätestens aber dann, wenn am Bundesgericht eine sechste Abteilung geschaffen werden muss. In der Zwischenzeit ist es ohne weiteres möglich, andere im Gebiete Lausanne bestehende Bundesstellen aufzunehmen oder Räume zu vermieten. Die geplanten Reserven erscheinen somit realistisch.

2. Mögliche Alternativen und Varianten

Die grundsätzlich denkbaren Alternativen zur Lösung der Raumprobleme des Bundesgerichts sind unter Ziffer 132 der Botschaft aufgelistet. Die Kommission konnte sich davon überzeugen, dass gestützt auf die durchgeführten Wirtschaftlichkeitsrechnungen und Nutzwertanalysen nur die Lösung «Erweiterung und Ausbau des bestehenden Gebäudes» in Frage kommen konnte; alle übrigen untersuchten Lösungen waren zu kostspielig und unrationell. Für die Erweiterung und den Ausbau des bestehenden Komplexes wurden mehrere Varianten mit allen relevanten Kostenelementen durchgerechnet. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht erwies sich auch nach Auffassung der vorberatenden Kommission die Variante «Erweiterung und Ausbau durch Anbau von zwei Gebäudeflügeln an das bestehende Gebäude, mit Ausbau des Dachgeschosses, mit Schutzräumen und Einstellhalle» als die kostengünstigste Lösung. Sie enthält realistisch zu beurteilende Reserven und deckt das heute bestehende Schutzraumanko ab. Die Analysierung von Fragen des Umweltschutzes bzw. der Umweltverträglichkeit und der Realisierbarkeit durch zwei verschiedene Gruppen (Architekten und Benutzer) führten in ihren Resultaten eindeutig zur nun vorgeschlagenen Erweiterungs- und Ausbauvariante. Der erhöhte Kubikmeterpreis von 732 Franken für die beiden neuen Gebäudeflügel (Kubikmeterpreis im Durchschnitt für die gesamte Anlage 647 Franken) resultiert aus der schwierigen Geologie, die teure Pfahlungen und Erdverankerungen notwendig macht.

3. Besondere Aspekte

Die Kommission prüfte eine ganze Reihe besonderer Elemente und Aspekte, die hier nur gestreift werden können. So konnte sie davon Kenntnis nehmen, dass den Fragen von Energie und Heizung die nötige Sorgfalt gewidmet wurde. In Abwägung aller massgebenden Komponenten wie Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Erstellungs- und Betriebskosten wurde der Anschluss an das städtische Fernheiznetz vorgesehen.

Die Gebäudeerweiterung durch zwei Flügel macht das Fällen von rund 50 Bäumen erforderlich. Obwohl es sich bei der Anlage «Mon Repos» um einen Park handelt, ist eine Ersatzaufforstung in der Nähe vorgesehen. Für die zonenmässige Herabsetzung von 1600 m² Bauland musste die Eidgenossenschaft rund 300 000 Franken bezahlen oder 200 Franken pro Quadratmeter. Angesichts der Tatsache, dass die Eidgenossenschaft beim Bundesgericht beinahe 47 Millionen Franken investiert, sollte nach Meinung der Kommission alles darangesetzt werden, die Stadt Lausanne zu einer grosszügigeren Lösung zu bewegen. Die zu fallenden Bäume sind nach Auffassung der kantonalen und städtischen Instanzen zu einem grossen Teil überaltert (wesentlich älter als das bestehende Bundesgerichtsgebäude); mit der vorgesehenen Umgestaltung und durch junge Bäume wird die Anlage «Mon Repos» eine Aufwertung erfahren.

Die Notwendigkeit der Erstellung einer Einstellhalle und die Anzahl der Parkplätze wurde von der Kommission überprüft. Einleuchtend wurde von den Vertretern des Bundesgerichts darauf hingewiesen, dass es nicht um die Wahrung einer Proportionalität zwischen Bauvorhaben und Parkplätzen gehe. Das vorhandene Angebot sei einfach unzureichend. Insbesondere müssen Parkplätze auch für Anwälte und Medien zur Verfügung stehen, nicht zuletzt in Anbetracht der Tatsache, dass das Bundesgericht mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht besonders gut bedient wird. Hervorzuheben ist ausserdem, dass das Bundesgericht bisher über keine Zivilschutzräume

verfügte, ein bestehendes Manko mithin auszugleichen ist. Die vorgesehene Kombination Schutzanlage/Einstellhalle lässt nach Auffassung der Kommission den auf die Einstellhalle entfallenden Kostenanteil als vertretbar erscheinen. Die Benützung der Einstellplätze wird übrigens nicht gratis sein; sie werden vielmehr vermietet werden.

Den der Kommission zu Verfügung stehenden Unterlagen konnte entnommen werden, dass bei der Planung auch den historischen und architektonisch-ästhetischen Komponenten grosses Gewicht beigemessen wurde. Der Ausbau und die Erweiterung ohne Beeinträchtigung der bestehenden Bauten, der Einbezug moderner Bauelemente in harmonischer Verbindung zum Altbau und in Berücksichtigung schon bei dessen Erstellung durchdachter Erweiterungsmöglichkeiten liess ein Projekt von beachtlicher Architekturqualität entstehen, hinter das sich auch die zuständigen kantonalen und städtischen Instanzen stellen. Ästhetische Gesichtspunkte im Nebeneinander von Alt und Neu führten auch dazu, dass für die beiden neuen Gebäudeflügel nicht ein Giebel-, sondern ein Flachdach vorgesehen ist.

Zusammenfassend beurteilt die Kommission das Bauvorhaben als rationell und gut ausgestaltet, als richtige Wahl innerhalb der überprüften Varianten, ausgewogen und mit optimalen wirtschaftlichen Eigenschaften.

M. Euler présente au nom du Groupe des constructions élargi du Conseil national le rapport écrit suivant:

En application des articles 22, alinéa 2, et 68, alinéa 2 du Règlement du Conseil national du 22 juin 1990, nous vous soumettons le rapport et la proposition du Groupe des constructions élargi, consécutifs à l'examen du message 90.057 du 12 septembre 1990 et du projet d'arrêté fédéral concernant l'agrandissement et l'aménagement du Tribunal fédéral à Lausanne. Cet objet propose l'agrandissement et l'aménagement du Tribunal fédéral à Lausanne et l'octroi à ce titre d'un crédit de 46,7 millions de francs.

Le Groupe des constructions élargi a consacré deux séances à l'examen de l'objet, dont l'une s'est accompagnée d'une visite des lieux. La commission a entendu des représentants du Tribunal fédéral, de l'Office des constructions fédérales, de l'Administration fédérale des finances et de la ville de Lausanne. Elle a mis un accent particulier sur les points suivants:

1. Besoins de locaux et preuve de la nécessité

Depuis que le Tribunal fédéral s'est installé dans le bâtiment en 1927, sa charge de travail a pratiquement triplé et l'effectif de son personnel a doublé. En revanche, le nombre des juges n'a que modestement augmenté, de sorte que le volume des affaires ne peut être maîtrisé que par un groupe plus important de collaborateurs. La plupart de ces derniers occupent des locaux à l'extérieur du bâtiment du Tribunal fédéral, solution gênante pour la bonne marche des affaires et, par conséquent, coûteuse. Le programme d'aménagement tient compte des besoins futurs du Tribunal fédéral. Il convient de prévoir un accroissement important des tâches du Tribunal fédéral. Il faut s'attendre à une occupation complète dans un avenir prévisible, au plus tard lorsque le Tribunal fédéral devra se doter d'une sixième division. Entre-temps, il sera parfaitement possible d'abriter d'autres services fédéraux implantés dans la région lausannoise ou de louer à des tiers certains locaux. Les réserves planifiées semblent ainsi réalistes.

2. Solutions envisageables

Les solutions qui permettraient de faire face au manque de locaux du Tribunal fédéral sont exposées au chiffre 132 du message. Sur la base des calculs de rentabilité et des analyses coût/utilité, la commission est convaincue que seule la solution préconisant l'agrandissement et l'aménagement du bâtiment actuel entre en ligne de compte; toutes les autres solutions seraient trop coûteuses et peu rationnelles. Pour ce qui est de l'agrandissement et de l'aménagement du bâtiment existant, plusieurs variantes ont fait l'objet d'un devis détaillé. Se fondant sur des critères d'économie d'entreprise, la commission est d'avis que la solution prévoyant l'agrandissement et l'aménagement par l'adjonction de deux ailes au bâtiment,

l'aménagement des combles et la construction d'abris et d'un garage est la moins onéreuse tout en garantissant la constitution de réserves réalistes et la couverture des besoins actuels de locaux. Par ailleurs, les résultats de l'étude de l'impact sur l'environnement et de la faisabilité, réalisée par deux groupes différents (architectes et utilisateurs), mènent indubitablement à la présente solution de l'agrandissement et de l'aménagement. Le prix légèrement plus élevé du mètre cube retenu pour les deux ailes du bâtiment (732 francs contre 647 francs en moyenne pour l'ensemble des travaux) résulte de contraintes géologiques particulières qui nécessitent de coûteux piliers et fondations.

3. Aspects particuliers

La commission a étudié de nombreux éléments et aspects que ce rapport ne peut qu'effleurer. Elle a pu établir ainsi que toute l'attention voulue a été accordée aux problèmes d'énergie et de chauffage. Par pondération de tous les éléments pertinents, tels la rentabilité, la sécurité et l'approvisionnement, le coût de l'installation et les frais d'exploitation, on a retenu un raccordement au réseau urbain de chauffage à distance.

L'agrandissement du bâtiment par l'adjonction de deux ailes exige l'abattage de 50 arbres. Bien que Mon Repos soit un parc, une plantation de remplacement est prévue à proximité. La Confédération a dû verser une somme globale de quelque 300 000 francs, soit 200 francs par mètre carré, pour que 1600 m² de terrain constructible échappent à la zone à bâtir. Eu égard au fait que la Confédération investira près de 47 millions de francs, la commission est d'avis qu'il convient de tout mettre en oeuvre pour que la ville de Lausanne se montre plus généreuse. La plupart des arbres promis à l'abattage sont d'ailleurs jugés trop vieux par les instances cantonales et municipales: leur âge dépasse de loin celui du bâtiment du Tribunal fédéral; les transformations prévues et la plantation de jeunes arbres entraîneront une plus-value de la promenade Mon-Repos.

La commission a étudié la nécessité et le dimensionnement d'un garage souterrain. Les représentants du Tribunal fédéral ont clairement fait savoir qu'il ne s'agit pas de respecter un quelconque principe de proportionnalité entre construction et places de stationnement: l'offre actuelle est tout simplement insuffisante. En particulier, des places de stationnement doivent être mises à la disposition des avocats et des représentants des média, du fait notamment que le Tribunal fédéral n'est pas très bien desservi par les transports publics. On notera également que le Tribunal fédéral ne dispose encore d'aucun abri de protection civile, de sorte qu'une lacune reste à combler. Aux yeux de la commission, l'association prévue entre le garage souterrain et les abris laisse à la charge du garage une part justifiée du coût total. L'utilisation des places de stationnement ne sera d'ailleurs pas gratuite puisqu'elles seront louées.

Les documents confiés à la commission permettent de conclure qu'une importance particulière a été accordée, lors de la planification, aux aspects historiques, architectoniques et esthétiques. L'agrandissement et l'aménagement ne modifieront pas les bâtiments existants, les éléments de construction modernes s'harmoniseront avec les parties anciennes, et l'on a tenu compte, lors de la construction du bâtiment existant, de possibilités d'agrandissement mûrement réfléchies: tous ces éléments ont conduit à un projet de haute qualité architecturale auquel les instances cantonales et communales se sont ralliées. Pour ce qui est des deux ailes nouvelles, des considérations d'ordre esthétique tenant compte du voisinage de styles d'époques différentes ont également écarté la solution du toit à pignon au profit de la construction d'un toit plat.

En résumé, la commission juge le projet rationnel, bien conçu, équilibré et optimal sur le plan économique; elle estime que, par rapport aux autres solutions, il s'agit d'un choix judicieux.

Antrag der erweiterten Bautengruppe

Die erweiterte Bautengruppe beantragt einstimmig bei einer Enthaltung, es sei auf den Bundesbeschluss über die Erweiterung und den Ausbau des Bundesgerichtsgebäudes in Lausanne einzutreten und diesem zuzustimmen.

Proposition du Groupe des constructions élargi

Le Groupe des constructions élargi propose à l'unanimité moins une abstention d'entrer en matière sur l'arrêté fédéral concernant l'agrandissement et l'aménagement du bâtiment du Tribunal fédéral à Lausanne, et de l'adopter.

Ordnungsantrag Frey Claude

Einteilung des Geschäftes in Kategorie I (freie Debatte)

Motion d'ordre Frey Claude

Ouvrir la discussion (catégorie I, débat libre)

M. Frey Claude: Nous serons bref en développant les raisons qui nous incitent à vous demander la discussion. Nous en invoquerons trois, et chacune d'entre elles est péremptoire.

Premièrement, le rapport de la commission *ad hoc* contient une erreur essentielle. A la page 3 du rapport de la commission (page 2 de la version en allemand), on parle de «parc» alors qu'il s'agit d'une forêt au sens de l'article premier, alinéa premier de l'ordonnance concernant la haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts. Cela change tout, parce que ce qui est possible dans un parc ne l'est pas forcément dans une forêt.

Deuxièmement, le rapport est lacunaire. Il ne dit rien de la solution de rechange consistant en l'acquisition d'un bâtiment à moins de 200 mètres du Tribunal fédéral. J'observe d'ailleurs que la commission n'a même pas visité ce bâtiment qui est à vendre et qui pourrait être utilisé dans les plus brefs délais.

Troisièmement, si le Parlement vote ce crédit, il permet une construction que la jurisprudence constante du Tribunal fédéral a toujours refusée à d'autres personnes, et partout ailleurs en Suisse. J'aimerais, sur ce point, pouvoir développer cet argument. C'est une des raisons essentielles pour lesquelles je demande la parole.

A ce stade de la discussion, je me contenterai de dire qu'il serait simplement aberrant que, par la procédure écrite, sans débat, sans réflexions en plénum, on permette au Tribunal fédéral de faire ce qu'il a toujours refusé à d'autres. C'est une violation flagrante du principe de l'égalité de traitement. Je vous demande d'accepter la discussion et vous en remercie.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Frey Claude	75 Stimmen
Dagegen	18 Stimmen

Antrag Frey Claude

Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, ein Projekt vorzulegen, das nicht in offensichtlichem Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesgerichts betreffend Waldgesetz steht.

Proposition Frey Claude

Renvoi au Conseil fédéral

en le priant de présenter un projet qui ne soit pas en flagrante contradiction avec la jurisprudence du Tribunal fédéral concernant la loi sur les forêts.

Développement par écrit

Dura lex, sed lex! S'il est un bâtiment qui doit se construire en toute clarté juridique, c'est bien celui du Tribunal fédéral. Or, ce n'est pas le cas en l'occurrence. Contrairement à ce qu'affirme dans son rapport (page 3) la commission *ad hoc* de notre conseil, Mon-Repos n'est pas qu'un parc. C'est aussi une forêt-parc au sens de l'article premier, alinéa premier de l'Ordonnance concernant la haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts (OFor). L'article 26 OFor définit les conditions auxquelles doit satisfaire toute demande de défrichement. L'article premier de cette disposition stipule que les défrichements ne peuvent être autorisés que si l'on peut prouver l'existence d'un besoin prépondérant, qui primerait l'intérêt à la conservation de la forêt. Aux termes de l'alinéa 3 de cette même disposition, il faut que l'ouvrage pour lequel le défrichement est sollicité ne puisse être construit qu'à l'endroit prévu, étant précisé que des intérêts financiers ne sont pas considérés comme un besoin prépondérant au sens de l'alinéa premier.

Or, il existe une solution de rechange tout à fait excellente. Elle est effleurée au chiffre 132 du message du Conseil fédéral. Elle consiste en l'acquisition d'un bâtiment convenant parfaitement aux besoins du Tribunal fédéral et situé à quelque 200 mètres de celui-ci. L'inconvénient de la dissémination des locaux n'est d'aucun poids face à la jurisprudence du Tribunal fédéral concernant la loi sur les forêts.

Comme je ne dispose que d'une page (!), selon le règlement de notre conseil, pour motiver ma proposition de renvoi, je ne peux citer la jurisprudence du Tribunal fédéral en la matière. Je me bornerai à rappeler qu'elle est extrêmement restrictive. Nombre de collectivités publiques et de services forestiers estiment d'ailleurs qu'elle est trop restrictive; une rigueur qui ne peut en quelque sorte plus être contrôlée par le bon sens.

Dès lors, la situation est claire. Si le Parlement vote ce crédit, le Tribunal fédéral sera placé devant l'alternative suivante: réviser sa jurisprudence ou violer gravement le principe fondamental de l'égalité de traitement en refusant à d'autres ce qu'il se serait accordé à lui-même, en permettant la construction d'un bâtiment destiné à son propre usage.

Je vous invite à voter le renvoi au Conseil fédéral en le priant de présenter un projet fidèle à l'interprétation de la loi qu'a faite le Tribunal fédéral jusqu'à ce jour.

Euler, Berichterstatter: Sie haben nun eine offene Diskussion beschlossen. Ich werde mich in der Einführung relativ kurz halten. Die Kommission konnte den Antrag von Herrn Frey Claude nicht beraten; diesbezüglich vertrete ich eine individuelle Meinung.

Herr Frey möchte das Bauvorhaben für Erweiterung und Ausbau des Bundesgerichtsgebäudes in Lausanne an den Bundesrat zurückweisen, mit dem Auftrag, ein neues Projekt vorzulegen, das nicht in offensichtlichem Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesgerichtes betreffend Waldgesetz steht. Ich bitte Sie, auf die Formulierung des Antrages Frey Claude zu achten: «... ein Projekt vorzulegen, das nicht in offensichtlichem Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesgerichtes steht.»

Eines ist hier offensichtlich: Herr Frey mischt Kraut und Rüben durcheinander. Sollen Bauvorhaben des Bundes, die alle Vorschriften von Bund, Kantonen und Gemeinden zu beachten haben, von einer bestimmten Rechtsprechung des Bundesgerichtes abhängig gemacht werden? Das wäre ja grotesk und widerspräche dem Prinzip der Gewaltentrennung. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtes ist das eine, Bauvorhaben des Bundes – auch wenn es sich um solche für das Bundesgericht selbst handelt – das andere. Wenn Herr Frey eine bestimmte Rechtsprechung des Bundesgerichtes – im vorliegenden Fall das Waldgesetz betreffend – nicht passt, so kann er dies als freier Bürger im allgemeinen öffentlichen Rahmen kritisieren. Er kann als Parlamentarier sogar morgen Mittwoch im Rahmen der Bundesrichterwahlen seinen Protest artikulieren.

Aber einen Antrag hier im eidgenössischen Parlament vorzulegen – wie es Herr Frey heute tut –, den der Bundesrat meines Erachtens gar nicht erfüllen kann, grenzt, finde ich, fast an Missachtung einer seriösen Parlamentsarbeit. Herr Frey möchte eine persönliche kleine Demonstration gegen das Bundesgericht veranstalten. In diesem Hause und am vorliegenden Objekt ist aber eine solche fehl am Platz. Die erweiterte Bautengruppe hat das Bauvorhaben für die Erweiterung und den Ausbau des Bundesgerichtsgebäudes in Lausanne umfassend und sorgfältig geprüft, wie Sie dem schriftlichen Bericht entnehmen können. Die Kommission hat sich auch über die Frage der zu fällenden Bäume im Park, der Ersatzauforstung auf einem Grundstück der Stadt Lausanne in der Nähe sowie der Abgeltung durch die Eidgenossenschaft für die zonenmässige Herabsetzung von Bauland auf dem aufzuforstenden Grundstück vortrefflich orientieren lassen. Alle involvierten Behörden von Bund, Kanton und Gemeinde haben diesem Vorgehen zugestimmt. Die Kommission hatte keinen Grund, daran etwas auszusetzen, um so weniger als sogar mit kritischen Bürgerkomitees einvernehmlich verhandelt wurde. Eine Verletzung des Waldgesetzes oder seiner Verordnung steht nicht zur Debatte.

Zum Schluss: Die Kommission beurteilt das Bauvorhaben, wie

bereits erwähnt, im schriftlichen Bericht als richtige Wahl innerhalb der überprüften Varianten, als gut ausgestaltet und mit optimaler Wirtschaftlichkeit konzipiert. Deshalb beantragt Ihnen die Kommission einstimmig, bei einer Enthaltung, dem angebotenen Kredit von 46,7 Millionen Franken zuzustimmen. Den Rückweisungsantrag von Herrn Frey Claude muss ich Ihnen, wie bereits dargelegt, zur Ablehnung empfehlen.

M. Savary-Vaud, rapporteur: M. Claude Frey, conseiller national, soulève deux problèmes à propos de cette construction du Tribunal fédéral.

Premièrement, il reproche à la commission de ne pas avoir suffisamment étudié l'acquisition d'un immeuble voisin, plutôt que de se lancer directement dans les transformations. Les désavantages qu'il y avait à acquérir l'immeuble sis très près du Tribunal fédéral sont précisés dans le message. Cet immeuble, tout d'abord, est plus cher, il coûterait environ 60 millions. D'autre part, il faudrait le transformer. Par conséquent, si la commission n'est pas du tout entrée en matière sur cet achat, c'est qu'elle s'est rapidement rendu compte qu'il fallait, pour que le Tribunal fédéral puisse travailler correctement, mettre tous les locaux les uns à proximité des autres, de façon à réduire le personnel et à travailler d'une manière correcte. C'est la raison pour laquelle la commission a pensé qu'il était inutile d'étudier les autres solutions évoquées.

Deuxièmement, s'agit-il d'un parc ou d'une forêt, à propos de l'élément boisé qui se trouve autour du Tribunal fédéral? Je crois que la question a été longuement débattue par toutes les instances qui se sont penchées sur ce problème. Le Service cantonal des forêts, le Service des forêts de la ville de Lausanne, le Service des parcs et promenades, de même que le directeur fédéral des forêts, ont cherché à préciser le statut juridique du parc Mon-Repos. Finalement, tout le monde s'est déterminé en disant que ce n'était pas une forêt, même si dans la partie nord c'est un peu plus boisé, mais qu'il s'agit bel et bien d'un parc.

Toutefois, pour éviter justement les problèmes politiques, une solution de compensation forestière a été cherchée pour donner le bon exemple, tout en laissant ouverte cette question. Grâce à la compréhension de la municipalité de Lausanne et à l'ouverture au dialogue de ses services, la solution a pu être trouvée: une plantation de même nature qualitative et quantitative sera réalisée à proximité, sur le site communal de la Gottetaz.

D'autre part, sur le même lieu, une proposition de l'architecte-paysagiste permettra une restructuration du parc après les travaux. Elle sera exécutée selon la méthode des forestiers. On plantera de petits hêtres, très serrés en bandes parallèles, qui laisseront des vues sur le Tribunal fédéral. Pour grandir, ces petits hêtres ont besoin d'ombre. On plantera en même temps des arbres pionniers, bouleaux ou trembles, qui serviront de parasols le temps que les hêtres atteignent une taille suffisante. De toute façon, il fallait régénérer cette partie du parc, les arbres actuels sont vieux, en fin de cycle naturel.

C'est un mauvais procès que tente de nous faire M. Claude Frey, car, pour ceux qui se sont rendus sur place, il est évident que c'est un parc qui a une fonction sociale. Et ce parc sera régénéré, il sera plus beau qu'avant.

Dès lors, je vous invite à accepter les conclusions de la commission qui demande que l'on adopte le projet du Conseil fédéral.

M. Frey Claude: Je voudrais rassurer tout d'abord M. Euler, président de la commission. Il ne me viendrait pas à l'idée d'intervenir demain au moment de la séance de l'Assemblée fédérale pour une raison évidente: ma position est relative à la construction du bâtiment pour le Tribunal fédéral et là je demande simplement le droit mais le droit tout entier.

Nous vivons ici une nouvelle version, revue et corrigée à la manière de Mon-Repos de l'«Arroseur arrosé». Je m'explique: la loi sur les forêts est déjà très stricte, les conditions pour construire en forêt sont définies d'une manière rigoureuse. La jurisprudence du Tribunal fédéral a encore accru ces contraintes. D'ailleurs, de nombreuses collectivités publiques, appuyées de surcroît par les services forestiers, estiment que l'on va par-

fois trop loin. Je pourrais citer de nombreux cas où l'on empêche par exemple la construction de dizaines de logements sociaux parce qu'il faudrait abattre quelques arbres. Et tout à coup, parce que le Tribunal fédéral est directement concerné, on devient étonnamment souple, on oublie la rigueur jurisprudentielle.

Voyons brièvement la rigueur de la loi et le caractère très pointilleux de la jurisprudence du Tribunal fédéral. L'article premier de l'ordonnance concernant la haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts définit la forêt au sens de la loi comme «toute surface recouverte d'arbres ou d'arbustes forestiers qui, quel que soit son rendement, produit du bois ou exerce des fonctions protectrices ou dispense une action bienfaisante indépendamment de l'origine, du mode d'exploitation et de la désignation cadastrale». On cite notamment, à l'article premier, alinéa premier, les forêts-parcs. Ainsi que cela résulte de la définition légale de la forêt et comme l'a reconnu la jurisprudence, la qualification de forêt ne dépend ni du fait de savoir si le boisement se trouve en zone de construction ou non, ni de la façon dont le bois s'est créé ni, le cas échéant, de l'intention de celui qui a constitué la plantation. Je renvoie à la jurisprudence ATF 113 Ib 356, considérant 5.c.

L'article 26 de l'ordonnance sur les forêts définit les conditions auxquelles doit satisfaire toute demande de défrichement. Aux termes de l'alinéa premier de cette disposition, les défrichements ne peuvent être autorisés que si l'on peut prouver l'existence d'un besoin prépondérant qui primerait l'intérêt à la conservation de la forêt. Cela implique dans chaque cas une pesée des divers intérêts en présence – jusqu'ici je crois que, pour le Tribunal fédéral, l'agrandissement remplit cette condition; il y aurait là un intérêt prépondérant en faveur de la construction du bâtiment. Mais il faut en outre, ajoute cette ordonnance, que l'ouvrage pour lequel le défrichement est sollicité ne puisse être construit qu'à l'endroit prévu, étant précisé que des intérêts financiers ne sont pas considérés comme un besoin prépondérant au sens de l'alinéa premier. Ces principes s'appliquent également lorsque le défrichement est demandé par une corporation de droit public ou qu'il vise à la construction d'un ouvrage public – ATF 113 Ib 345. Or là, nous y sommes en plein parce qu'il y a une solution de rechange. A moins de 200 mètres, un bâtiment peut être acheté, qui serait disponible quasi immédiatement et il n'y a aucune raison pratique de ne pas choisir cette solution-là. Je vous rappelle que sur ce point la commission n'a même pas été visiter ce bâtiment, elle n'a même pas considéré qu'il était important de mettre dans la balance les deux projets – agrandissement du bâtiment ou bien visite et examen de l'acquisition du bâtiment qui est à vendre.

Pour justifier l'agrandissement et refuser l'acquisition, le Tribunal fédéral et le Conseil fédéral ont invoqué l'argument de la dispersion des locaux qui constituerait un inconvénient – il s'agit de 200 mètres! Il serait peut-être nécessaire de faire deux cafétérias. Mais est-ce un argument de poids pour s'opposer à une jurisprudence constante du Tribunal fédéral?

En conclusion, si le Parlement vote ce crédit, le Tribunal fédéral sera placé devant l'alternative suivante: ou bien il devra réviser sa jurisprudence, ou bien il violera gravement le principe fondamental de l'égalité de traitement en refusant à d'autres ce qu'il s'accorde à lui-même. J'ajoute qu'on voit bien – et la discussion embryonnaire qui vient d'avoir lieu le démontre tout à fait – que la situation n'est pas claire. On peut penser par conséquent qu'il y aura des oppositions, le moment venu, lorsque la procédure devra suivre son cours. S'il y a des oppositions, je demande au passage: quid du Tribunal fédéral s'il doit statuer sur sa propre demande? On créera une cour spéciale. Ce qui est sûr c'est qu'on s'apprête à perdre beaucoup de temps alors qu'il y a un besoin et que ce besoin pourrait être rempli en protégeant la forêt-parc, en ne violant pas la jurisprudence par l'acquisition d'un bâtiment à moins de 200 mètres.

Je vous invite à renvoyer ce projet pour que le Tribunal fédéral montre le bon exemple.

Günter: Ich möchte Herrn Frey danken, dass er uns auf dieses Problem aufmerksam gemacht hat. Das Rodungsverbot ist ein

ganz zentrales Verbot, das Waldgesetz ein ganz wichtiges Gesetz. Landauf, landab trifft es Leute hart, wenn sie die Waldabstände beachten müssen oder wenn sie Rodungen nicht durchführen können, die ihnen eine grössere Nutzung ihres Geländes gestatteten. Ich muss dem Sprecher französischer Zunge sagen: Die «fonction sociale» trifft natürlich auch für den Wald zu, wahrscheinlich in noch viel grösserer Masse als für den Park des Bundesgerichtes. Dass es, wenn der geplante Bau erstellt ist, «plus beau qu'avant» sein soll, ist überhaupt kein Grund, eine Rodung vorzunehmen, denn dieses Argument würde wahrscheinlich für noch manches Projekt ins Feld geführt, das irgendwo in Waldnähe oder mitten unter den Bäumen errichtet werden sollte. So sind viele Leute betroffen, und das Bundesgericht hat richtigerweise bis jetzt eine harte Linie eingehalten. Ich erinnere Sie an die Diskussion in diesem Saal, als in Crans-Montana Schneisen für Skiabfahrten geschlagen wurden.

Das Rodungsverbot trifft vor allem aber auch die Privatpersonen. Die Begründung, ein Grundstück sei ein Park und nicht ein Wald, ist alt. Jeder Spekulant und Bauwillige, der roden will, sagt, das sei früher ein Park gewesen und es sei eigentlich gar kein Wald. Und trotzdem ist es überall geschehen, dass man Parks – richtigerweise – in Wald umgezogen hat. Von nichts ist unsere Waldfläche schliesslich nicht immer grösser geworden – auch das eine erfreuliche Entwicklung.

Das Bundesgericht versucht nun haargenau das zu tun, was jeder Private macht, wenn er Bäume auf seinem Gelände umhauen will. Und bis jetzt wurden derartige Gesuche richtigerweise strikte abgelehnt. Ich sehe wirklich nicht ein, dass sich unser oberstes Gericht hier Freiheiten herausnehmen darf, die es den anderen Bürgern verweigert. Natürlich kann es das juristisch machen. Aber der Schaden ist dann schon sehr gross, ist man doch heute schon vielerorten der Meinung, dass für die «oben» nicht ganz genau dieselben Gesetze gelten wie für die «unten».

Hier dürfen wir keinesfalls einen Präzedenzfall schaffen. Wir müssen dafür sorgen, dass das Bundesgericht ganz sauber und unabhängig entscheidet. Da gibt es nur eines: Wir müssen dem Antrag von Herrn Claude Frey zustimmen und ihm danken, dass er uns darauf aufmerksam gemacht hat. Dieser Fehler darf von uns nicht sanktioniert werden.

Mme Gardiol: Je précise que le groupe écologiste soutient la proposition de M. Claude Frey. Si ce n'est pas une forêt, c'est donc qu'il s'agit d'un parc en pleine ville auquel les Lausannois sont fort attachés. Il semble que le municipal des travaux de la commune de Lausanne n'ait pas pu être entendu par la commission. Il avait été convoqué, mais à cause d'une question de retard dans l'horaire, il n'a pas pu s'exprimer à la réunion. Il était chargé d'attirer l'attention de la commission sur les difficultés et sur l'expertise juridique qui soulignait le risque d'opposition et la probabilité de devoir faire appel au droit supérieur pour permettre au Tribunal fédéral d'abattre des arbres. Il est extrêmement délicat et difficile d'admettre que le Tribunal fédéral, dans un cas qui le touche, autorise l'abattage de ces arbres, lui qui est très pointilleux et rigoureux lorsqu'il traite des cas de ce genre et qui les rejette en général. C'est pourquoi je remercie M. Frey d'avoir attiré l'attention du plénum à ce propos. Nous soutiendrons bien sûr sa proposition et demandons l'étude de la solution de rechange.

Reimann Maximilian: Ich spreche für die SVP und muss sagen, dass wir betreffend dieser Frage in unserer Fraktion ebenfalls gespalten sind. Die Mehrheit hält zwar das Baugebot für nützlich, dringend, für vorzuziehen. Dennoch sind wir der Ansicht, dass der Antrag Frey den Finger auf eine wunde Stelle legt. Persönlich bin ich froh, dass ein solcher Antrag jetzt noch eingereicht worden ist. Es wäre mir natürlich noch lieber gewesen, wenn wir schon in der Kommission hätten darüber sprechen können.

Wir kennen das altbekannte Sprichwort vom «Wasser predigen und Wein trinken» oder den Satz, den die alten Römer geprägt haben: «Was Jupiter darf, ist dem Ochsen verboten.» Genauso glaubt das Bundesgericht im vorliegenden Fall handeln zu können. Für das oberste Gericht scheint der Parkwald

kein Wald zu sein. Ich bin aber überzeugt: Hätte das Bundesgericht über ein privates Gesuch urteilen müssen, wäre es mit der Begründung, das sei Wald, abgelehnt worden.

In diesem Dilemma befinden wir uns heute. Ich wollte das seitens unserer Fraktion noch einmal klargestellt haben. Wir sind gespannt, ob allenfalls der Bundesrat uns jetzt einen Ausweg aus diesem Dilemma aufzeigen kann, damit auch unsere Fraktion dem Bundesgericht die neuen Gebäude bewilligen kann.

Wellauer: Herr Frey Claude begründet seinen Antrag auf Rückweisung mit der Rechtsprechungspraxis des Bundesgerichtes. Aber, Herr Frey, das Rodungsverbot ist nicht absolut. Es gibt Hunderte von Beispielen, wo gerodet wurde: z. B. beim Nationalstrassenbau, wo auch in Zukunft gerodet werden muss, beim Bau von neuen Eisenbahnlinien, wo auch gerodet wird und auch in Zukunft wieder gerodet werden muss; überall muss man zur Ersatzaufforstung greifen. Mindestens die gleiche Fläche muss in unmittelbarer Nähe wieder aufgeforstet werden. Solche Fälle haben wir zu Hunderten in der ganzen Schweiz. Bis jetzt ist die Ersatzaufforstung immer in einem grösseren Flächenrahmen vorgenommen worden, als effektiv Waldfläche abgeholzt wurde.

Auch in diesem Fall des Bundesgerichtes ist die Ersatzaufforstung gewährleistet. Auf Seite 7 der Botschaft lesen Sie, dass der Bund sogar für die zonenmässige Herabsetzung von 1600 Quadratmetern Bauland, wo die Ersatzaufforstung zu erfolgen hat, 200 Franken pro Quadratmeter, also den runden Betrag von 300 000 Franken, bezahlen muss. In der Kommission gab sogar zu einigen Bemerkungen Anlass, dass sich Lausanne noch mit der Ersatzaufforstung bereichern will. Es stellt sich überhaupt die Frage – wenn man diese Liegenschaften besichtigt hat –, ob überhaupt Wald ist, was da gefällt werden muss. Es sind ungefähr 20 Bäume im Alter von über hundert Jahren, die sowieso in den nächsten Jahren durch neue ersetzt werden müssten, und die werden dann am neuen Standort der Gemeinde Lausanne angepflanzt.

Die Kommission konnte sich überzeugen, dass das vorgeschlagene Projekt der beste aller möglichen Wege ist, um die Raumprobleme des Bundesgerichtes zu lösen. Alternativen zu diesem Anbau haben Sie der Botschaft entnehmen können: Sie, Herr Frey, schlagen vor, eine Liegenschaft zu kaufen, die weit mehr kostet als der Anbau und Umbau des Bundesgerichtes, nämlich ungefähr 66 bis 70 Millionen Franken. Dies wäre eine Lösung, die enorme Kosten nach sich ziehen würde und zudem den Nachteil hätte, dass die Aufteilung des Gerichtes auf verschiedene Gebäude betrieblich unzweckmässig wäre.

Ich beantrage Ihnen im Namen der CVP-Fraktion, den Antrag Frey Claude abzulehnen und dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen.

Frau Mauch Ursula: Wir wissen alle, dass das Bundesgericht bei den Waldfestsetzungsverfahren eine sehr strenge Praxis hat. Das ist bereits angetönt worden. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass man nicht mit der übrigen Bevölkerung streng sein kann und mit sich selbst ein bisschen nachlässiger.

Wir meinen, dass deshalb dem Antrag Frey Claude zuzustimmen ist; das Bessere ist immer der Feind des Guten, und deshalb bitten wir Sie, dass die ganze Vorlage noch einmal so überarbeitet wird, dass man auch in Zukunft hieb- und stichfest sagen kann: Das Bundesgericht hält sich selbst an seine eigenen Urteile.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie also, Herrn Frey Claude zuzustimmen.

Giger: Als Mitglied der vorberatenden Kommission und der Bautengruppe habe ich das Objekt vor Ort in Augenschein genommen. Ich finde den Eingriff, der in diesem Park gemacht wird, nicht derart gravierend. Erfahrungsgemäss weiss ich aber, dass einfach, wenn für öffentliche Bauten Wald abgetrieben werden muss – ich denke an den Nationalstrassenbau, oder wenn man ein Kraftwerk erweitert –, für Ersatzaufforstungen gesorgt werden muss. Das wird verlangt, und das trifft auch im Falle des Bundesgerichtes, Erweiterungsbau in Lau-

sanne, zu. Ich finde, wie gesagt, den Eingriff nicht derart gravierend, dass der Park beträchtlich geschmälert wird.

Ich möchte Sie bitten, den Antrag Frey Claude abzulehnen.

M. Rebeaud: Nous avons au moins un souci en commun avec M. Frey, c'est la crédibilité du Tribunal fédéral. Il n'est pas besoin de discuter longuement sur cette affaire. Le Tribunal fédéral a à respecter et à appliquer une jurisprudence relativement restrictive en matière d'autorisation d'abattage d'arbres. Il est clair et évident que cette dernière doit s'appliquer à ses propres projets de construction. Personne ne comprendrait qu'en ce qui concerne ses propres locaux le Tribunal fédéral se montre plus généreux que pour n'importe qui d'autre. Ce serait inadmissible en soi. De plus, deux éléments semblent avoir manqué dans cette discussion au sein de la commission. D'abord, il y a une solution de rechange, M. Frey vous l'a dit et le municipal de la commune de Lausanne nous l'a confirmé tout à l'heure au téléphone. Il y a une solution de rechange à 200 mètres de l'endroit où se trouve actuellement le corps principal du Tribunal fédéral. Cette solution est parfaitement praticable. Elle aurait l'avantage appréciable de pouvoir être mise en oeuvre rapidement. En revanche, si vous votez le crédit qui vous est proposé, vous en avez pour des années de procédure parce que je peux vous assurer qu'il y aura des recours et que les associations auxquelles j'appartiens iront jusqu'au bout pour que la forêt – car il s'agit de forêt, même si sur les plans cadastraux de la commune de Lausanne on appelle cela un parc – soit sauvée.

Si le Tribunal fédéral obtenait un traitement préférentiel pour ses propres besoins, nous aurions non seulement un grand désordre dans la jurisprudence, un grand égarement des esprits et une perte de confiance dans la sécurité du droit, mais surtout un discrédit profond qui pourrait se traduire par un certain mépris et un certain désenchantement à l'égard de la plus haute autorité judiciaire de notre pays.

Pour une affaire d'une portée aussi médiocre, je vous prie d'éviter ce genre d'effet désastreux et de suivre M. Frey dans sa proposition judiciaire.

M. Martin: Je vous invite à refuser la proposition de M. Claude Frey. Du temps où j'étais syndic de Lausanne, le projet qui vous est soumis aujourd'hui a été examiné extrêmement sérieusement par les autorités tant communales que cantonales et il a fait l'objet d'un très large consensus pour sa réalisation. J'ajouterai même que, de mon point de vue, la nouvelle construction qui est prévue est en plus pour la ville de Lausanne sur le plan esthétique. Par conséquent, les propos tenus ne doivent pas résister à l'examen de la réalité. Je pense, en particulier, que si l'on appliquait la loi forestière ici, ce serait avec une rigueur extrême, exagérée. J'habite moi-même dans le quartier en question et je puis vous dire que c'est une zone extrêmement verte, très boisée et que les arbres que l'on a prévu d'abattre ne sont pas des arbres importants. De plus, la compensation se fera dans le quartier même, à une distance très proche.

On dit qu'il existe une solution de rechange dans un immeuble situé à 200 mètres. Certes, l'immeuble est actuellement à vendre, mais ce que l'on n'a pas précisé, c'est que cet immeuble est occupé par plusieurs sociétés qui contribuent à la prospérité lausannoise. Or, cela signifierait que le Tribunal fédéral devrait résilier le bail de ces locataires pour occuper lui-même les surfaces nécessaires à son activité.

Pour toutes ces raisons, je vous engage à repousser la proposition de M. Frey.

Euler, Berichterstatter: Ich möchte auf zwei Fragen eingehen: 1. Ihre Kommission ist in Lausanne und dann an einer zweiten Sitzung in Bern meiner Ansicht nach so umfassend orientiert worden, dass sie keinen Grund hatte, an der Frage zu zweifeln, ob es Wald oder Park sei. Sie wurde orientiert vom Amt für Bundesbauten, sie wurde orientiert von der eidgenössischen Finanzdelegation, sie wurde von den kommunalen Behörden orientiert, und es ist einfach nicht so, dass das Bundesgericht von sich aus festgelegt habe, das sei kein Wald, sondern ein Park.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es der eidgenössische Forstdirektor selbst war, der den in Frage stehenden Baumbestand nicht als Wald qualifizierte. Aus diesem Grunde konnten und mussten wir Kommissionsmitglieder darauf abstellen. Das spiegelt auch das Resultat der Kommissionsberatung: Einstimmigkeit, nur eine Enthaltung, die aber eine andere Frage betraf. Es hat also niemand, der hier jetzt an diesem Pult sprach, die Frage des Parks, der Rodungen usw. aufgegriffen oder ist gar so weit gegangen wie Herr Frey, der das Bauprojekt von der Rechtsprechung abhängig macht. Das als Feststellung.

2. Es sei ein bequemer Ersatz unmittelbar in der Nähe, so dass man die Frage der Rodung elegant umgehen könnte. Ja, es existiert ein Gebäude, wir sind auch darüber gut orientiert worden. Wir haben die sogenannten «cahiers noirs» und «cahiers gris» von den zuständigen Baubehörden, wo die Gegenüberstellung der verschiedenen Varianten minutiös, wissenschaftlich und logistisch vorgenommen wurde. Der Neubau kostet – es ist schon gesagt worden – an die 70 Millionen, 46 Millionen kostet der Ausbau. Wir kommen damit auf eine Differenz von fast 25 Millionen Franken mehr, bei einem gewichtigen Nachteil: Der Neubau liegt einige hundert Meter weiter weg – also keine Einheit des rationalen Ablaufes, Bibliothek, Sekretariat usw.; der Betrieb ist auseinandergerissen.

Aus diesem Grund hatte niemand in der Kommission eine Veranlassung, auf diesen teuren Vorschlag einzutreten.

Mir scheint, die Diskussion – es hat sich übrigens eine sehr eigenartige Koalition gebildet von der einen zur anderen Seite – ist nicht sehr stichhaltig. Es ist einfach nicht so, dass das Bundesgericht sozusagen als Richter in eigener Sache für sich selber den Wald ausgeklammert hat. Nein, es waren andere Autoritäten. Obwohl die Kommission diese Frage nicht beraten hat, weil sie in der Kommission nicht gestellt worden ist – sämtliche Mitglieder der Kommission haben hier zugestimmt –, ersuche ich Sie, den Antrag Frey abzulehnen. Wie eingangs erwähnt, ist der Antrag von Herrn Frey nicht korrekt. Man kann nicht ein neues Projekt vorlegen, das mit der Rechtsprechung eines Gerichtes zusammenhängt. Das finde ich nicht sauber.

Ich bitte Sie also, den Antrag Frey Claude abzulehnen.

M. Savary-Vaud, rapporteur: Rarement nous avons vu un projet aussi bien étudié tant du point de vue architectural que du point de vue conception et il serait regrettable que pour une querelle juridique on en vienne à rejeter ce projet.

Tout tourne autour de la question – on l'a vu tout l'heure – est-ce un parc, est-ce une forêt? Je rappelle que la commission s'est basée sur les avis qu'elle avait entendus et ceux-ci ont été unanimes: il s'agit d'un parc.

Je me permets de rappeler en quelques mots l'histoire de cet endroit. En 1819, il y avait une vigne, puis un jardin pittoresque. En 1910, chaque arbre a été mentionné comme faisant partie d'un parc. Cette désignation n'a pas changé jusqu'à aujourd'hui. Le projet qui nous est présenté est cohérent, il est respectueux de tout ce qui peut exister dans la région, tant du point de vue architecture que du point de vue parc ou boisement. Ce qui va être entrepris le sera en vertu des règles en vigueur au sein de la municipalité et de la région lausannoise. Je vous demande donc d'accepter le projet et de repousser la proposition de M. Frey.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag von Herrn Frey Claude abzulehnen.

Die Diskussion hat eines klar gezeigt: Es gibt unterschiedliche Gründe, um Herrn Frey Claude zuzustimmen. Herr Frey möchte dem Bundesgericht zeigen, dass er nicht zufrieden ist mit seinen Entscheidungen hinsichtlich des Waldabstandes. Er findet, sie seien zu scharf. Andere finden, wir sollten nun zeigen, dass man sehr, sehr streng sein muss, gerade am Beispiel des Bundesgerichtes.

Darf ich Sie darauf hinweisen, dass wir in der Schweiz Gewaltentrennung haben? Sie können nicht mit der Behandlung eines Gesuchs, für das das Finanzdepartement, das Departement des Innern und der Bundesrat zuständig sind, die Rechtsprechung des Bundesgerichtes ändern. Das ist nicht mög-

lich. Das Bundesgericht hat zum Abstand oder zur Frage, ob es Wald ist oder nicht, nichts zu sagen. Es ist ein Projekt, das die Regierung Ihnen vorlegt und nicht das Bundesgericht. Sie können also nicht dem Bundesgericht irgend etwas in die Schuhe schieben.

Zudem muss man sagen, dass die Frage Umbau/Anbau sehr gründlich abgeklärt worden ist. Man hat von insgesamt acht Projekten das gewählt, das betriebswirtschaftlich und architektonisch am besten ist. Es wird auch Einsparungen von über einer Million Franken bringen, weil wir auf zusätzliche Mieten verzichten können. Es wird grosszügig gebaut an diesem klassizistischen Gebäude von 1927. Es werden zwei Flügel angebaut, so dass das Ganze wieder eine Einheit bildet. Das ermöglicht, dass wir dort mindestens vorübergehend auch andere Verwaltungseinheiten unterbringen können.

Die Frage des Baumbestandes ist mit der Stadt Lausanne abgeprochen. Der Bund übernimmt vor allem auch eine Parzelle von 1600 m², wo er wieder neue Bäume pflanzt. Wenn Sie beispielsweise die Bilder des Projektes sehen, müssen Sie sagen: Wahrscheinlich ist es kein Unglück, dass man einen solchen Bau erstellt. Und wenn Sie über den «Wald» diskutieren, müssen Sie sehen, wo der «Wald» ist: mitten in der Stadt Lausanne. Es ist also etwas weit gesucht, dieses Baugesuch zurückzuweisen.

Eine Rodungsbewilligung ist grundsätzlich nicht einzuholen, bevor das Gesuch bewilligt ist. Zudem muss man ganz klar sagen, dass der Park «Mon Repos» bestehenbleibt.

Es gibt keinen Grund, das Baugesuch zurückzuweisen an den Bundesrat – es ist gründlich abgeklärt worden, von allen Seiten –, und Sie ändern damit die Rechtsprechung des Bundesgerichtes nicht. Wir sind zufrieden, dass das Bundesgericht eine strenge Praxis hat. Aber hier hat man eine zweckmässige Lösung gefunden.

Ich bitte Sie, sich nicht von falschen Vorstellungen leiten zu lassen und nicht ein Gesuch, das zweckmässig ist, zurückzuweisen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Abstimmung – Vote

Für den Rückweisungsantrag Frey Claude	75 Stimmen
Dagegen	49 Stimmen

89.041

Neue Finanzordnung Nouveau régime financier

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 2045 hiervor – Voir page 2045 ci-devant

Frey Walter: Ich darf im Namen der SVP-Fraktion fünf Minuten bezüglich der neuen Finanzordnung zu Ihnen sprechen.

Zuerst das Positive: Den Uebergang zu einer Mehrwertsteuer erachten wir prinzipiell als richtig. Das Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern ist in der Schweiz – im internationalen Vergleich – sehr schlecht und muss geändert werden. Die wettbewerbsverzerrenden Stempelsteuern und die Taxe occulte müssen abgeschafft werden.

Nun aber zu den Punkten, die das sogenannte Kompromisspaket betreffen. Um ein solches handelt es sich ja, und wir wissen, dass viele Köche den Brei verderben können. Das ist eher negativ.

1. Es ist keine Reduzierung der direkten Bundessteuer vorgesehen. Wir können nur zustimmen, wenn eine starke Reduzierung der direkten Bundessteuer mit dem neuen Prinzip einher-

Bundesgericht. Bauvorhaben

Tribunal fédéral. Projet de construction

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.057
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.12.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2151-2157
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 286

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.